

Niederschrift der 19. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee am Montag, dem 09.02.2021 in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:02 Uhr bis 19:55 Uhr

Teilnehmer: **Stellv. Bürgermeisterin**
Richter, Christina

Fraktion Die Linke

Janke, Tobias
Schulze, Doreen

Fraktion CDU

Porath, Dargo
Thiele, Andreas
Wildenhein, Udo

Fraktion SPD

Koch, Ingo

Fraktion UWG

Boss, Theo
Kosicki, Thomas
Pehnert, Dirk
Schuster, Antje
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler

Hänsel, Milan ab 18:23 Uhr

AfD

Elsner, Dieter ab 18:11 Uhr

Entschuldigt: Kruppa, Judith **Die Linke**
Borkowski, Wilfried **UWG**
Daske, Bert **SPD**

Verwaltung: Heiko Sobota (EDV)
Ulrike Gast (Kämmerei)
Sven Zehler (Schriftführer)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil –
4. Einwendungen zur Niederschrift der 18. Sitzung
5. Bericht des Bürgermeisters – TOP 5 wird entfernt
6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen
7. Einwohnerfragestunde
8. Beanstandung zum BS 196/18/2020 - Sitzungen kommunaler Vertretungskörperschaften
9. BSV 81/19/2021 - Übertragung von Entscheidungskompetenzen
10. MV 08/19/2021 - über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
11. Beratung zu kausalen Folgekosten für B-Pläne in städtebaulichen Verträgen
12. Beratung und Beschlussfassung zum ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee
13. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
14. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 12 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil

Frau Richter beantragt den TOP 5 von der Tagesordnung zu nehmen, da der Bürgermeister nicht anwesend ist.

Herr Tscherwinka bestätigt die Änderung und merkt an, dass die Nummerierung der Tagesordnungspunkte der Übersicht halber beibehalten wird.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 18. Sitzung

Herr Tscherwinka ergreift das Wort und meldet einen Tippfehler auf Seite 7 im öffentlichen Teil der 18. Niederschrift. Im ersten Absatz, Zeile 6 im TOP 11 steht: „(derzeitige Werte: Grundsteuer A: 300% und Grundsteuer B: 36%)“. Der angegebene Wert der Grundsteuer B (36%) ist hier nicht korrekt. Der richtige Wert muss hier 365% lauten.

Herr Pehnert beantragt anschließend eine Änderung bzw. Ergänzung auf Seite 5 im öffentlichen Teil der 18. Niederschrift. Unter dem TOP 8 auf Seite 5 im zweiten Absatz, Zeile 11 steht: „Herr Freitel antwortete, dass die jeweiligen Informationen und Anmerkungen an die Firma Rinke weitergeleitet wurden.“. Dieser Satz möge geändert werden auf: „Herr Freitel antwortete, dass die jeweiligen Informationen und Anmerkungen der Ortswehren an die Firma Rinke weitergeleitet und im Gefahrenabwehrbedarfsplan berücksichtigt bzw. umgesetzt wurden.“

Beschluss-Nr. 212/19/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Textanpassung im öffentlichen Teil der 18. Niederschrift auf Seite 5 im zweiten Absatz, Zeile 11 auf „Herr Freitel antwortete, dass die jeweiligen Informationen und Anmerkungen der Ortswehren an die Firma Rinke weitergeleitet und im Gefahrenabwehrbedarfsplan berücksichtigt bzw. umgesetzt wurden.“

Abstimmungsverhältnis:	8 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	4 Enthaltungen	angenommen

Zu 5. Bericht des Bürgermeisters – wird entfernt

TOP 5 wird auf Antrag von der stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Richter entfernt.

Zu 6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen

Der Gemeindevertreter Herr Dieter Elsner betritt um 18:11 Uhr den Versammlungsraum. Es sind nun 13 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Tscherwinka berichtet über den Inhalt der Sitzung des KMS vom 08.12.2020. Folgende Themen wurden in der Sitzung besprochen:

- Bericht der Verbandsvorsteherin zu den einzelnen Bauvorhaben des KMS, die in Teilabschnitten bzw. vollständig beendet wurden
- Jahresabschluss 2019 und die Entlastung der Verbandsvorsteherin; es gab keine Beanstandung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Teltow-Fläming, da Gewinne erzielt wurden.
- Verwendung des Jahresergebnisses 2019: Dieser Gewinn wird zur Deckung des Verlustvortrages verwendet.
- Gebührenkalkulation 2021: Die Gebühr für die dezentrale Schmutzwasserentsorgung steigt je halbe m³ von 5,03 Euro auf 5,06 Euro
- Gebührenkalkulation 2021: Die Gebühren für die Trinkwasserversorgung und die zentrale Schmutzwasserentsorgung ändert sich wie folgt:
 - Trinkwasser (Beitragszahler): Erhöhung von 1,47 Euro auf 1,49 Euro je m³
 - Trinkwasser (Nichtbeitragszahler): Absenkung von 2,20 Euro auf 2,01 Euro je m³
 - Schmutzwasser (Beitragszahler): Absenkung von 4,27 Euro auf 4,26 Euro je m³
 - Schmutzwasser (Nichtbeitragszahler): Absenkung von 6,37 Euro auf 5,38 Euro je m³
- dementsprechende Abstimmung über die Änderung der Gebührensatzung
- Beschluss des Wirtschaftsplanes 2021
- Aufnahme von Investitionskrediten im Bereich Trinkwasser und Schmutzwasser sowie Kreditumschuldung aufgrund des aktuell geringeren Zinssatzes

Zu 7. Einwohnerfragestunde

Herr Tscherwinka weist die Einwohner vorab darauf hin, dass die gestellten Fragen sowie Aussagen in der Niederschrift protokolliert werden. Sollte dies nicht gewünscht sein, möge man es vorab signalisieren.

Herr U. Hoffmann (Rehagen) möchte wissen, ob die Sitzungen jetzt normal weiter stattfinden werden und erfragt weiterhin, welcher Winterdienst für die Gemeinde Am Mellensee zuständig ist?

Herr Tscherwinka antwortet ihm auf die erste Frage und erklärt, dass die nicht beschließenden Ausschüsse während des Lockdowns aufgrund von Corona vorerst nicht tagen, es sei denn, es lägen dringende Sachverhalte aus der Verwaltung vor, die keinen Aufschub zulassen. **Frau Richter** erklärt zur zweiten Frage, dass die Firma Ruwe für den Winterdienst verantwortlich ist. Aufgrund der schlechten Wetterlage in den letzten Tagen sind zurzeit hauptsächlich die Hauptstraßen ohne Nebenstraßen bereinigt. Da der Bauhof aktuell nicht einsatzfähig ist, wurde die Gemeinde in den vergangenen Tagen durch die Mitglieder der Ortsfeuerwehren unterstützt. Frau Richter spricht in diesem Zusammenhang Ihren Dank an die Ortswehren in der Gemeinde Am Mellensee für diese Einsatzbereitschaft und tatkräftige Unterstützung aus. Des Weiteren ergänzt Sie, dass die Bürger der Gemeinde entsprechende Informationen bzgl. nicht geräumter Straßen an die zuständige Sachbearbeiterin Frau Keßler richten können.

Herr U. Heimann (Kummersdorf-Alexanderdorf) fragt an, wie weit die Aktualisierung der Karte vom Gemeindegebiet (Auslage für den Tourismus), welche von der Gemeindevertretung im Jahr 2019 beschlossen wurde, vorangeschritten ist?

Frau Richter gibt die Antwort, dass es hier keinen aktuellen Stand gibt und Sie diesbezüglich Rücksprache mit der zuständigen Sachbearbeiterin Frau Keßler halten muss.

Herr M. Thinius (Sperenberg) möchte wissen, wann die Bibliothek in der Gemeinde Am Mellensee wieder öffnet?

Frau Richter antwortet, dass voraussichtlich ab nächster Woche (KW 7) jeweils dienstags sowie donnerstags eine Buchausgabe nach vorheriger Anmeldung/Bestellung unter Einhaltung entsprechenden Abstandsregeln durch das Personal der Bibliothek erfolgen könne. Hierzu wird Frau Richter nochmal mit der Bibliothekarin Frau Ulbrich Rücksprache halten und die genauen Informationen auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlichen.

Der Gemeindevertreter Herr Milan Hänsel betritt um 18:23 Uhr den Versammlungsraum. Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Herr M. Thinius (Sperenberg) fragt nach, wie es mit dem Verkauf des Grundstücks, an dem er schon seit zwei Jahren interessiert ist und diesbezüglich mit der Verwaltung in Kontakt steht, weitergeht? Er hat erfahren, dass die Veräußerung des Grundstücks nun grundsätzlich durch die Verwaltung öffentlich ausgeschrieben werden soll. Außerdem merkt er an, dass der Bürgermeister schon eine längere Zeit nicht in der Verwaltung ist und für die Gemeinde Am Mellensee nicht mehr tragbar wäre. Er wäre für eine Neuwahl des Bürgermeisters.

Herr Tscherwinka übernimmt das Wort und erklärt, dass bereits im Jahr 2018 Maßnahmen zur Abwahl des Bürgermeisters durch die Gemeindevertretung ergriffen wurden und Einleitung des Abwahlverfahrens im Dezember 2018 an der Stimmenmehrheit gescheitert ist. Anschließend erklärt er das Prozedere eines Abwahlverfahrens und ergänzt, dass der Bürgermeister ja nicht ständig abwesend sei. Bezüglich der Grundstücksfrage erklärt Herr Tscherwinka, dass dies ein laufendes Geschäft der Verwaltung sei und diesbezüglich eine Beschlussvorlage erarbeitet wird.

Frau Richter fügt hinzu, dass Ihr aktuell keine Informationen zu diesem Sachverhalt vorliegen. Ihr ist nur bekannt, dass vom zuständigen Sachbearbeiter in der Verwaltung am 04.02.2021 eine Mail über den Verlauf bzw. aktuellen Stand an Herrn Thinius verschickt worden sein soll.

Herr Thinius ergänzt, dass er diese Nachricht nicht erhalten hat. Außerdem hat er seit dem ersten Kontakt bzgl. des Grundstückserwerbs mehrere verschiedene Angebote (Preis pro m²) von der Verwaltung erhalten und deshalb den Überblick verloren.

Herr Tscherwinka bittet um Verständnis und erklärt, dass die Verwaltung mit Ihren Aufgaben mittlerweile an Ihre Grenzen stoße und die Bearbeitung deshalb etwas länger dauern könne. Es soll eine zeitnahe Klärung über Frau Richter mit dem zuständigen Sachbearbeiter erfolgen, da sich der Grundstücksverkauf zu sehr in die Länge zieht.

Herr Thinius ist der Auffassung, dass die Einwohner der eigenen Gemeinde ein Vorkaufsrecht bei Grundstücksverkäufen haben sollten. Außerdem stellt er die Frage, welches Mitspracherecht der Bürgermeister bei Veräußerungen hätte?

Herr Tscherwinka antwortet, dass der Bürgermeister generell die Arbeit der Verwaltung vertritt.

Herr Pehnert übernimmt das Wort und erklärt, dass er bzgl. des Grundstücksverkaufes bereits mehrere Gespräche mit dem Bürgermeister geführt hat. Man hat sich darüber verständigt, dass das fertige Verkaufsangebot Herrn Thinius vorab vorgelegt und unterbreitet wird, bevor es öffentlich ausgeschrieben wird.

Herr Thinius wiederholt, dass er den bisherigen Ablauf nicht in Ordnung findet und die Landrätin Frau Wehlan in diesen Fall involvieren werde, indem er sie per Anschreiben über den Sachverhalt informiert.

Zu 8. Beanstandung zum BS 196/18/2020 - Sitzungen kommunaler Vertretungskörperschaften

Da die Gemeindevertreterin Frau Judith Kruppa nicht anwesend entschuldigt ist, hat Sie Ihre Kommentare zur Beanstandung zum Beschluss 196/18/2020 dem Gemeindevertretervorsitzenden Herrn Tscherwinka zur Besprechung zur Verfügung gestellt. Diese wurden nun von Herrn Tscherwinka vorgetragen.

Auszüge aus dem Beanstandungsschreiben des Bürgermeisters vom 08.12.2020:

Seite 2, Absatz 3:

„Eine pauschale Anwendung kann nicht per Beschluss herbeigeführt werden, da zuerst eine Prüfung nach den anzuwendenden Möglichkeiten für die Durchführung einer ordentlichen Sitzung erfolgen muss.“

Kommentar 1 von J. Kruppa:

„§ 5 Abs.2, auf Antrag in begründeten Fällen ist Teilnahme per Video ausdrücklich zulässig. Die Anträge liegen bereits vor, um die Anzahl der anwesenden Personen zu reduzieren und gleichzeitig die Wahrnehmung der Pflichten der GV zu gewährleisten. (Antwort Innenministerium verweist auf den §5(2).“

Seite 2, Absatz 5:

„Weiterhin ist zu beachten, dass im Schreiben des Ministeriums des Innern ganz klar geregelt wird, wie die Art und Weise der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Sitzung zu regeln ist und dass zumindest die Tonübertragung in eine andere Räumlichkeit für die Bürgerschaft (§ 9 der BbgKomNotV) gewährleistet sein muss. Demnach ist eine Live-Stream-Übertragung im Internet, wie es im Beschlusstext steht, auch komplett unzulässig und verstößt gegen die DSGVO.“

Kommentar 2 von J. Kruppa:

„Vom Beschluss ist die Öffentlichkeit nicht betroffen, da es sich nicht ausschließlich um eine Online- bzw. Videokonferenz handelt. Lediglich die Übertragung des Bildes per Beamer ist notwendig, um die Anwesenheit der GV zu dokumentieren!“

Kommentar 3 von J. Kruppa:

„Mißverständlicher Begriff, es geht um eine Hybridveranstaltung, die (noch) nicht per Internet übertragen werden soll. Vielmehr nur die Teilnahme der GV sicherstellen.“

Seite 2, Absatz 6:

„Ich gehe davon aus, dass weder die komplette Gemeindevertretung, noch die Verwaltungsmitarbeiter, noch die anwesenden Bürger in irgendeiner Form ihre Aussagen in Bild oder Ton im Internet live veröffentlichen möchten.“

Kommentar 4 von J. Kruppa:

„Es handelt sich um eine öffentliche Sitzung, an der jeder teilnehmen darf. Ob einer der Zuschauer mitschneidet, können wir nicht überprüfen. Mit der Teilnahme an der Sitzung als GV

oder Verwaltung bin ich mir über meinen öffentlichen, zitierbaren (in Bild und Ton) Auftritt bewusst.“

Seite 2, Absatz 7:

„Weiterhin können nicht alle Gemeindevertreter/innen sowie die sachkundigen Einwohner per Beschluss dazu „aufgefordert“ werden, die erforderliche technische Ausstattung in ihrem privaten Umfeld für die Sitzungen vorzuhalten bzw. einzusetzen.“

Kommentar 5 von J. Kruppa:

„Es handelt sich um eine Selbstverpflichtung, um die Kosten für die Gemeinde nicht unendlich in die Höhe zu treiben. Grundsätzlich wäre die Beschaffung der kompletten Hard- und Software unabweislich!!!!

Das Problem COVID beschäftigt uns seit einem Jahr, warum wurde noch nicht gehandelt?“

Seite 2, Absatz 8:

„Die technischen Voraussetzungen (Hard- und Software) kann aktuell nicht durch die IT-Abteilung gestellt werden, da diese bisher noch gar nicht vorliegen. (Mikrofonanlage Kameras, Übertragungssoftware usw.)

Es ist davon auszugehen, dass die Beschaffung über ein Ausschreibungsverfahren nach der Vergabeordnung des Landes Brandenburg zu erfolgen hat.“

Kommentar 6 von J. Kruppa:

„Andere Gemeinden des Landkreises praktizieren die Hybridveranstaltungen schon. Zossen stellt pro Sitzung ca. 700 € aus den Verwaltungs-Budget bereit. Verwendet wird Teams als Software, die Hardware im Homebereich stellen die Stadtverordneten, die Übertragung erfolgt per Laptop und Beamer, die Zuschauer sind sogar separat untergebracht, haben eine Videoübertragung sowie eine Kamera und ein Mikrofon, um aktiv teilzunehmen.“

Nach dem Vortragen der Kommentare von Frau Kruppa durch Herrn Tscherwinka äußern sich weitere Gemeindevertreter zu der Beanstandung.

Frau Richter gibt zunächst zu bedenken, dass es sich hierbei nur um eine aktuelle Ausnahmesituation handle und dies keine dauerhafte Lösung sein solle. Außerdem solle die Reihenfolge der verschiedenen möglichen Sitzungsarten beachtet werden.

Herr Sobota, Sachbearbeiter EDV der Verwaltung erhält das Wort und gibt folgende Erklärung ab:

Der ursprüngliche Beschluss der Verwaltung solle dazu dienen, die Kontakte aufgrund der Pandemie auf ein Minimum zu beschränken. Außerdem müsse die Öffentlichkeit vorab wissen, in welcher Form die Sitzung stattfinden werde. Dies müsse vorab in der Bekanntmachung veröffentlicht werden. Er fügt hinzu, dass der gefasste Beschluss in der 18. Sitzung der Gemeindevertreter in seiner Bestimmtheit nicht detailliert genug gefasst wurde. Außerdem solle die Anschaffung der für die Umsetzung des Beschlusses benötigten Hard- bzw. Software ebenfalls per Beschluss umgesetzt werden. Des Weiteren müsse darauf geachtet werden, dass die Technik und vor allem die verwendete Software datenschutzkonform sind.

Herr Pehnert übernimmt das Wort und erklärt, dass die Verordnung für das gesamte Bundesland gelte und die Reihenfolge der Sitzungsarten nicht beachtet werden solle. Er ergänzt, dass die Möglichkeit der digitalen Sitzung schon überall umgesetzt werde, nur die Umsetzung in der eigenen Gemeinde hinterher hänge. Er ist der Meinung, dass die bereits beschlossene Mischform beibehalten werden solle. Laut seiner Kenntnis sitzen die Einwohner in Zossen bei jeder Sitzung in einem separaten Nebenraum, in dem die aktuelle Sitzung per Video-Livestream übertragen werde. Außerdem müsse nur ein gewisser Teil der Gemeindevertreter präsent sein.

Frau Schuster fände es gut, wenn die Gemeinde Schritt für Schritt in die Zukunft gehe und die Digitalisierung vorantreibe, da uns der Virus ständig begleiten werde. Außerdem laufen viele Prozesse, wie z.B. Bewerbungsgespräche mittlerweile online ab. Des Weiteren fügt sie an, dass man auf in Deutschland zugelassene Software zurückgreifen könne, um das Problem mit dem Datenschutz zu umgehen.

Frau Schulze verlässt den Sitzungsraum gegen 18:39. Es sind nun 13 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Wildenhein fragt nach, ob denn die Verwaltung schon mal Rücksprache mit der Stadt Zossen bzw. den benachbarten Gemeinden bzgl. der Umsetzung der Digitalisierung geführt hat?

Frau Richter antwortet, dass dies noch gemacht wurde.

Herr Kosicki stimmt den Vorrednern zu und erklärt, dass der gefasste Beschluss bestehen bleiben solle. Letztendlich müsse der die Kommunalaufsicht bei erneuter Beanstandung durch den Bürgermeister über diesen Beschluss entscheiden.

Frau Schulze betritt den Sitzungsraum gegen 18:41. Es sind nun wieder 14 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Thiele stimmt ebenfalls den Vorrednern zu und fragt an, ob der Beschlusstext noch angepasst bzw. geändert werden könne, da die Wortwahl im Beschluss evtl. etwas fehlerhaft sei? Er störe sich an dem Wort „Mischform“.

Herr Tscherwinka antwortet, dass dies nicht so einfach möglich sei. Der gesamte Prozess zur Beschlussfassung müsse neu gestartet werden. Demzufolge könne in diesem Fall nur über den bestehenden Beschluss neu abgestimmt werden.

Herr Sobota äußert, dass der Grundgedanke zur Nutzung einer solchen Lösung ja verständlich und nachvollziehbar sei, doch solle man hier vielleicht einen anderen Weg der Beschlussumsetzung finden, wie Herr Thiele bereits vorab erwähnt hat.

Herr Tscherwinka ergänzt, dass selbst die Bundeskanzlerin Frau Merkel bereits Videokonferenzen mit den Ministerpräsidenten führe und dies ohne Probleme klappe.

Frau Richter fügt hinzu, dass falls der Beschluss erneut beanstandet werde, die unterschiedlichen Rechtsauffassungen des Bürgermeisters sowie der Gemeindevertreter an die Kommunalaufsicht geschickt werden müsse.

Herr Tscherwinka liest den ursprünglichen Beschluss noch einmal vor und lässt erneut darüber namentlich abstimmen.

„Beschluss-Nr. 196/18/2020

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt gemäß § 21 Verordnung über befristete Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-CoV-2- Virus und COVID-19 im Land Brandenburg (SARS-CO-2-Eindämmungsverordnung SARS-CoV-2-EindV) vom 30.10.2020 ihre und die Sitzungen ihrer Gremien bis auf weiteres als Mischform von Präsenz und virtueller Teilnahme durchzuführen. Die Hardware-Voraussetzungen im Home-Bereich für die virtuelle Teilnahme der Gemeindevertreter*innen werden von diesen selbst gestellt, die entsprechende Software sowie die Hardware für die öffentliche Übertragung (Live-Stream und Beamer für die Projektion der virtuell Teilnehmenden) stellt der IT-Bereich der Gemeinde zur Verfügung. Auf der Internetseite wird am Tag der Sitzung ein entsprechender Link zur Verfügung gestellt.“

Beschluss-Nr. 213/19/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, den ursprünglichen gefassten Beschluss mit der Beschluss-Nr. 196/18/2020 nach der Beanstandung durch den Bürgermeister erneut zu beschließen.

Abstimmungsverhältnis:

10 Ja-Stimmen: T. Boss, D. Elsner, T. Janke, I. Koch, T. Kosicki, D. Pehnert, D. Porath,
D. Schulze, A. Schuster, M. Tscherwinka
1 Nein-Stimmen: Ch. Richter
3 Enthaltungen: M. Hänsel, A. Thiele, U. Wildenhein

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Herr Tscherwinka stellt fest, dass der Beschluss erneut angenommen wurde.

Zu 9. BSV 81/19/2021 - Übertragung von Entscheidungskompetenzen

Frau Richter äußert sich zu dem Beschluss 128/11/2020 vom 11.05.2020 und erklärt, dass der gefasste Beschluss nicht rechtmäßig und somit nichtig sei. Sie fügt an, dass die Gemeindevertretung nur unter bestimmten Voraussetzungen entsprechend der aktuell geltenden Verordnung Entscheidungskompetenzen an den Hauptausschuss übertragen könne. Die Voraussetzungen müssen in jedem Fall immer vorab geprüft werden. Aus diesem Grund wurde eine neue Beschlussvorlage erstellt, die die entsprechenden Voraussetzungen hierfür detailliert beschreiben.

Herr Kosicki hinterfragt, ob es damit eine generelle Vollmacht laut neuem Beschluss sei?

Frau Richter antwortet, dass dies keine Vollmacht sei, da dieser Prozess zu jeder Gemeindevertreterversammlung immer wieder erneut geprüft werden müsse.

Herr Pehnert sowie Herr Hänsel vertreten die Meinung, dass der Beschluss nicht mehr geändert werden müsse, da dieser damals nicht beanstandet wurde.

Herr Tscherwinka erklärt, dass der Beschluss nur noch einmal detailliert beschrieben wurde. Er ergänzt, dass ein gefasster Beschluss auch ohne Beanstandung unter Umständen nicht rechtsicher sein könne, wenn dieser aufgrund fehlender Informationen bzw. Wissens nicht ordnungsgemäß geprüft werden konnte.

Frau Richter bestätigt, dass ihr ein Runderlass zum Zeitpunkt des ersten Beschlusses nicht vorlag und der gefasste Beschluss demzufolge nicht überprüft werden konnte.

Herr Thiele ergänzt, dass sich der Erlass im Gegenzug zur Meinung von Herrn Hänsel nicht auf alle Notlagen, sondern nur auf COVID 19 beziehe. Wenn der Erlass außer Kraft trete, trete auch der Beschluss außer Kraft.

Herr Pehnert äußert den Wunsch, dass die Gemeindevertretung keinen neuen Beschluss, sondern stattdessen eine Ergänzung zum vorhandenen Beschluss fassen möge.

Nachdem Herr Kosicki sowie Herr Porath keine Bedenken mehr gegen diesen Beschluss haben, wurde über den neuen Beschluss abgestimmt.

Beschluss-Nr. 214/19/2021

- 1) Die Gemeindevertretung beschließt die teilweise Übertragung ihrer Entscheidungskompetenzen auf den Hauptausschuss gemäß § 2 Abs. 2 der Brandenburgischen kommunalen Notlageverordnung – BbgKomNotV.
- 2) Im Einzelnen sind dies:
 - Ziffer 1 Entscheidungen über die Bestellung der Vertreter der Gemeinde in Unternehmen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf),
 - Ziffer 2 Entscheidungen über die Bestellung des Leiters und der Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der BbgKVerf,
 - Ziffer 3 Entscheidungen über die Erweiterung der Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes über die Pflichtaufgaben nach § 102 der BbgKVerf hinaus gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 12 der BbgKVerf,
 - Ziffer 4 Entscheidungen über die Übernahme neuer Aufgabenbereiche, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie die Übertragung von Aufgaben auf andere Verwaltungsträger gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 14 der BbgKVerf,
 - Ziffer 5 Entscheidungen über den Beschluss einer Haushaltssatzung und über das Haushaltssicherungskonzept gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 15 der BbgKVerf,

- Ziffer 6 Entscheidungen über die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 16 der BbgKVerf,
 - Ziffer 7 Entscheidungen über Geschäfte über Vermögensgegenstände der Gemeinde, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung oder der Wert des Vermögensgegenstandes unterschreitet einen in der Hauptsatzung bestimmten Betrag gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 17 der BbgKVerf;
 - Ziffer 8 Entscheidungen über den Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 18 der BbgKVerf,
 - Ziffer 9 Entscheidungen über den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 24 der BbgKVerf,
 - Ziffer 10 Entscheidungen über den Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 25 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Satz 1 der BbgKVerf,
 - Ziffer 11 weitere Entscheidungen nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 25 der BbgKVerf, wobei die Rechtsvorschrift von der abgewichen wird, konkret zu benennen ist.
- 3) Darüber hinaus (s. Punkt 2) sind Übertragungen nach Absatz 2 Satz 1 zulässig, sofern dies zur Abwehr eines erheblichen Nachteils für die Gemeinde erforderlich ist oder ein besonders triftiger Grund besteht. Die Übertragungsabsicht ist der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.
 - 4) Die Beschlussfassung zu den Punkten 1) bis 3) gelten für die Dauer der BbgKomNotV bis zu deren Außerkrafttreten.
 - 5) Der Beschluss 128/11/2020 vom 11.05.2020 wird aufgehoben.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

Zu 10. MV 08/19/2021 - über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Herr Pehnert bittet Frau Gast aus der Kämmerei um Erläuterung zu den letzten Positionen (Dienstleistung Ordnungsamt) auf der Übersicht.

Frau Gast erklärt, dass es sich zum einen um die Neubeschaffung von Fahrzeugen für den Bauhof handelt, zweitens um Anschaffungen bzgl. der Umsetzung von Hygienemaßnahme aufgrund der Pandemie sowie um Verkehrssicherungspflichten (Bäume) bei Baumaßnahmen.

Herr Hänsel hinterfragt, ob diese Bäume auf kommunalen Flächen stehen?

Dies wird von Frau Gast bestätigt.

11. Beratung zu kausalen Folgekosten für B-Pläne in städtebaulichen Verträgen

Herr Pehnert übernimmt das Wort und äußert, dass er sich mit den anderen beratenden Ausschüssen abgestimmt habe und erklärt, dass das Thema kausale Folgekosten in städtebaulichen Verträgen alle Ausschüsse etwas angehe.

Zum einen solle über finanzielle Entscheidungen im FW-Ausschuss und zum anderen über bauliche Aspekte im Bauausschuss beraten werden. Da es auch um Neubau von Kitas sowie andere soziale Einrichtungen gehe, solle der BSK-Ausschuss ebenfalls beratend zur Seite stehen.

Herr Kosicki äußert sich zum Thema und merkt an, dass der Landkreis mittlerweile zu einem B-Plan verpflichtete, auch wenn es sich um Einzelgrundstücke handle.

Außerdem wirft er die Frage ein, ab welcher Größenordnung der Eigentümer an den Folgekosten mit beteiligt werden solle? Diese Frage solle in den jeweiligen Ausschüssen besprochen und die gesetzlichen Möglichkeiten genutzt werden.

Beschluss-Nr. 215/19/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, dass ab sofort städtebauliche Verträge in der Entwurfsfassung in allen Fachausschüssen diskutiert werden.

Gleichzeitig werden alle kausalen Folgekosten zu den entsprechenden B-Plänen, die per Folgekostenvertrag im städtebaulichen Vertrag verankert werden können, vollständig beziffert und gleichzeitig an die Fachausschüsse übergeben.

Abstimmungsverhältnis:	13 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	1 Enthaltungen	angenommen

Zu 12. Beratung und Beschlussfassung zum ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee

Herr Pehnert ergreift das Wort und teilt mit, dass die Umfrageergebnisse zum ÖPNV positiv vom Landkreis aufgenommen wurden. Im Gegensatz zur Verwaltung sehe er den Beschluss zur Übermittlung der Änderungswünsche im ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee an den Landkreis als notwendig an, da die Interessen der Bürger durch die Gemeindevertretung vertreten werden und deshalb die Änderungen im ÖPNV mit Nachdruck umgesetzt werden sollen. Er bringt als Vorschlag zur Verbesserung des ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee ein Rufbus-Konzept ein. Hier solle durch den Landkreis ein komplettes Konzept mit verschiedenen Ortsvarianten und Optionen (z.B. Fahrradmitnahme) inklusive Kostenaufstellung erarbeitet werden. Durch eine nachträgliche Auswertung der Rufbusse könne man langfristig gesehen neue Buslinien im Fahrplan der Gemeinde Am Mellensee etablieren.

Außerdem solle die Haltestelle Kummersdorf-Alexanderdorf in den Busfahrplan der Linie 771 integriert werden. Weiterhin ergänzt er, dass aus gesundheitlichen Gründen in Langstreckenschulbussen ausreichend Sitzplätze für Schüler zur Verfügung stehen sollen, auch wenn laut Aussage des Landkreises Stehplätze möglich seien.

Herr Tscherwinka bedankt sich bei Herrn Pehnert für seine Initiative und befürwortet, dass die Änderungen im ÖPNV durchgeführt werden sollen.

Beschluss-Nr. 216/19/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Verwaltung mit der Übermittlung der Änderungsvorschläge im ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee an den Landkreis zu beauftragen.

Abstimmungsverhältnis:	14 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Zu 13. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Frau Schuster möchte bzgl. des Beschlusses zum Bau einer Übergangskita in Rehagen wissen, warum diese von der Bauverwaltung nicht, wie beschlossen, in einer mobilen (Container-Kita), sondern in einer festen Bauweise (Holzständerwerk) geplant wurde?

Frau Richter erklärt, dass dies von der Bauverwaltung so entschieden wurde und sie dazu Rücksprache halten müsse.

Frau Schuster fügt hinzu, dass die Mitglieder der Gemeindevertretung über solche Entscheidungen sowie den zugehörigen Gründen (z.B. Kosten- bzw. Zeitgründe) in Kenntnis zu setzen sind. Weiterhin fragt sie an, inwieweit das Thema Homeoffice in der Verwaltung umgesetzt wurde?

Frau Richter antwortet, dass Homeoffice bereits praktiziert wird und Doppelbüros nur noch einzeln besetzt sind.

Herr Kosicki fragt ergänzend, ob die Mitarbeiter Zugriff auf die benötigten Dokumente/Unterlagen in den Büros haben?

Frau Richter erklärt, dass sich die Mitarbeiter per Fernzugriff von zu Hause auf den Rechner im Büro einwählen und somit Zugriff auf alle Dateien auf deren jeweiligen PC's bzw. Netzwerk haben.

Herr Pehnert bedankt sich bei den Mitarbeitern des Schulamtes für die geleistete Arbeit während der Pandemie in den vergangenen Monaten und möchte wissen, wie weit die Ausstattung mit Luftfiltersystemen in den gemeindlichen Einrichtungen vorangeschritten ist?

Frau Richter antwortet, dass eine Beteiligung an diesen Förderprogrammen derzeit nicht geplant sei, da es keine Empfehlungen (z.B. vom RKI) gebe, die einen Nutzen dieser Systeme bestätigen.

Frau Schuster ergänzt, dass diese Systeme in den Pflegeheimen bereits erfolgreich eingesetzt werden und soweit in Ordnung sein sollen.

Herr Pehnert erfragt, welche Maßnahmen (Beleuchtung sowie Überdachung an Haltestellen, Geschwindigkeitsbegrenzungen an Landesstraße) von der Verwaltung in 2021 für die Umsetzung der Vorschriften bzgl. der Haltestellen in der Gemeinde geplant sind? Diese Anfrage ist aus der 17. Sitzung der Gemeindevertretung noch offen.

Herr Kosicki verweist auf die vorletzte Sitzung der GV und erfragt den aktuellen Stand der Gehwegsanierung. Die Bauverwaltung hatte bereits im vergangenen Jahr 100 Tsd. Euro für die Sanierung der Gehwege zur Verfügung gestellt bekommen, um die entsprechenden Planungsarbeiten durchzuführen. Für die Sanierung der Gehwege wurden für dieses Jahr weitere 1 Mio. Euro im Haushaltsplan reserviert. Obwohl die Bauverwaltung die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen hat, kann er nicht nachvollziehen, warum die Sanierung der Gehwege nicht schneller voranschreite und möchte wissen, bis wann die Sanierung der Gehwege umgesetzt werde? Hierzu wurde bereits eine schriftliche Stellungnahme vom Bürgermeister erwartet. Außerdem fügt er hinzu, dass der Bürgermeister aktuell sehr selten anwesend sei und man demzufolge ein Abwahlverfahren in die Wege leiten solle. Da Frau Richter keine Informationen zu den gestellten Fragen vorliegen, solle sie diese in der Verwaltung klären und die entsprechenden Antworten nachträglich spätestens in 14 Tagen per Umlaufverfahren nachreichen.

Herr Boss erkundigt sich über den Stand zum Ausbau des Radweges zwischen Saalow und Mellensee.

Herr Kosicki merkt in diesem Zusammenhang an, dass der Ausbau von straßenbegleitenden Geh- bzw. Radwegen entsprechend den kausalen Folgekosten in B-Plänen durch die jeweiligen Investoren neuer Siedlungen umzusetzen sein sollten.

Frau Schuster erfragt den aktuellen Stand zum Neubau der Kita in Mellensee. Auch hier bleibt Frau Richter die Antwort schuldig.

Herr Hänsel möchte zum einen wissen, ob man mehr Mikrofone für die Sitzungen anschaffen könne? Außerdem möchte er wissen, wann er eine Rückmeldung zu seiner Anfrage zu den gemeindlichen Flächen erhält und wie der aktuelle Stand der Baumschutzsatzung ist?

Frau Schulze erklärt zur aktualisierten Baumschutzsatzung, dass diese dem gesamten Bauausschuss bereits vorliegt und für gut befunden wurde. Sie solle in der nächsten GV besprochen werden.

Herr Kosicki bittet abschließend darum, dass die offenen Antworten auf die gestellten Fragen im Umlaufverfahren innerhalb der nächsten 14 Tage an alle GV-Mitglieder nachgereicht werden.

Zu 14. Sonstiges

Frau Richter teilt den Mitgliedern der Gemeindevertretung mit, dass in diesem Jahr für beide Schulen jeweils eine halbe Stelle für einen Sozialarbeiter/in vorgesehen ist. Der Trägervertrag wurde schon unterschrieben. Seitens des Trägers wird jetzt der Fördermittelantrag gestellt und nach einer geeigneten Person gesucht.

Des Weiteren liegt Ihr ein Schreiben vom Landesbetrieb Straßenwesen vor, aus welchem hervorgeht, dass mit der Planung für den Radweg im Zuge der L70 zwischen Sperenberg und Kummersdorf/Alexanderdorf voraussichtlich im Jahr 2022 begonnen werden soll.

Seitens des Schulamtes wurde ein Antrag zum Förderprogramm des Digitalpakts (digitale mobile Endgeräte) gestellt.

Herr Pehnert spricht einen öffentlichen Brief des Bürgermeisters der Stadt Trebbin an den Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee aus der Zeitung an und verweist auf das Förderprogramm „Stadt und Land“, bei dem überregionale Radweganbindungen (interkommunale Verbindungen zwischen benachbarten Gemeinden bzw. Städten) von bis zu 90% gefördert werden können. Er wie auch Herr Kosicki schlagen vor, dass eine entsprechende schriftliche Antwort auf diesen Brief durch die Verwaltung verfasst und nach Trebbin geschickt werden solle.

Beschluss-Nr. 217/19/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Verwaltung mit der Beantwortung des öffentlichen Briefes des Bürgermeisters der Stadt Trebbin bzgl. des Förderprogrammes „Stadt und Land“ (interkommunaler Radweg) zu beauftragen.

Abstimmungsverhältnis:	14 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Herr Thiele ergänzt, dass ebenfalls Rücksprache mit der Stadt Zossen bzgl. des Radweges zwischen Klausdorf und Wündorf gehalten werden solle.

Herr Kosicki bestätigt, dass laut seinem Kontakt Herrn Detlef Klucke die Stadt Zossen sehr an einem gemeinsamen Radweg interessiert ist und man diese Chance nutzen solle.

Herr Tscherwinka fügt hinzu, dass man generell alle benachbarten Städte einbeziehen solle und dass die Verwaltung ähnliche Briefe auch an andere Städte schreiben solle.

Am Mellensee, den 23.02.2021

M. Tscherwinka
Vorsitzender d. Gemeindevertretung